

Unser Kommunalwahlprogramm

Der Landkreis Nienburg ist unser Zuhause.

Mehr Leben, weniger Kosten.

Holen wir uns die Kommunen zurück!

www.dielinke-ni.de



Holen wir uns die Kommunen zurück!

Kommunalwahlprogramm, Stand 2026

V.i.S.d.P.

Die Linke KV Nienburg/Weser

Torben Franz

Prinzenstraße 1a

31582 Nienburg

www.dielinke-ni.de | insta: @dielinke.nbg

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	6
1. Wohnen für alle bezahlbar machen	8
1.1 Bezahlbare Wohnungen bauen	8
1.2 Zweckentfremdung von Wohnraum bekämpfen	9
1.3 Wohnen ist Menschenrecht: Wohnungslosigkeit beenden	10
1.4 Wohnen nach den eigenen Bedürfnissen – Barrierefrei (um)bauen.....	11
1.5 Bodenspekulation stoppen.....	11
1.6 Ökologisches und klimagerechtes Bauen kommunal stärken	12
2. Bildung: Gerechte Chancen von der frühkindlichen Bildung an und ein Leben lang	13
2.1 Frühkindliche Bildung für alle gebührenfrei und bedarfsgerecht	14
2.2 Zukunftsfähige Schulen für alle - modern, gerecht, digital	15
2.3 Unterstützung für alle Kinder, Jugendlichen und Familien	17
2.4 Migration und Integration	17
2.5 Weiter- und Persönlichkeitsbildung.....	18
3. Gesundheit (und Daseinsvorsorge) – für eine solidarische Infrastruktur	19
3.1 Kommunale Gesundheitszentren aufbauen	19
3.2 (Re)Kommunalisierung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen	20
3.3 Gute Pflege sichern	21
3.4 Psychische Gesundheit und Prävention stärken: Hilfe statt Stigma	21
3.5 Akzeptanzorientierte Drogenpolitik und Vorsorge ausbauen	22
3.6 Geburtshilfe sichern.....	23
4. Arbeit, Wirtschaft und Finanzen – Gut, gerecht und transparent.....	24
4.1 Gute Arbeit und soziale Sicherheit	25
4.2 Energie, Wasser und Abfall	26
4.3 Gerechte Kommunalfinanzen sichern	26

4.4 Kommunale Wirtschaftspolitik.....	27
4.5 Attraktive Innenstädte und Dörfer	28
4.6 Lebenswerte und versorgungssichere Dörfer erhalten.....	30
5. Verkehr – Mobilität für alle, bezahlbar und klimafreundlich	31
5.1 Nulltarif im Nahverkehr.....	32
5.2 Bus- und Bahnangebote ausbauen.....	33
5.3 Fuß- und Radverkehr fördern.....	35
6.Natur-Umwelt-Landwirtschaft: Nachhaltig und gemeinwohlorientiert	36
6.1 Erneuerbare Energien ausbauen und Flächenverbrauch reduzieren	36
6.2 Artenschutz, Begrünung, Biodiversität fördern	37
6.3 Klimaanpassung und nachhaltigen Wasserhaushalt sicherstellen.....	37
6.4 Landwirtschaft, Ernährung und Tierschutz ökologisch gestalten.....	38
7. Gesellschaftlicher Zusammenhalt: solidarisch, gerecht, inklusiv	39
7.1 Armut, Einsamkeit und soziale Ausgrenzung bekämpfen	40
7.2 Mehr Teilhabe ermöglichen	
Jugendparlamente, Bürger*innenhaushalte	41
7.3 Gleichstellung und Vielfalt stärken	
Feminismus, Queerpolitik, Anti-Sexismus	42
7.4 Migration und Integration fördern.....	43
7.5 Inklusion leben: Menschen mit Behinderungen sichtbar machen	44
7.6 Kultur und Freizeit fördern: Hobbys, Vereine, Sport.....	45
7.7 Digitalisierung demokratisch gestalten.....	46
8. Nie wieder Krieg & Faschismus – Erinnerung, Widerstand, Frieden	47
8.1 Antifaschismus im Alltag stärken.....	47
8.2 Betroffene von rechter Gewalt und Rassismus schützen	48
8.3 Erinnerungskultur ausbauen	49
8.4 Kommunale Friedenspolitik fördern	50

VORWORT

Beim Schreiben dieses Programms sind viele unterschiedliche Perspektiven aus zahlreichen Umfragen und Gesprächen mit Menschen aus dem Landkreis Nienburg eingeflossen.

Unser Alltag im Landkreis Nienburg spielt sich in den Städten und Dörfern ab; auf den Straßen, in Wohnungen, in Schulen, in Innenstädten, auf Marktplätzen und in der Nachbarschaft.

Immer häufiger erleben wir, dass unsere Kommunen nicht mehr uns gehören, sondern denen, die mit Mieten, Energie, Pflege und Land Profite machen. Und denen, die Armut, Unsicherheit und Abwanderung nutzen, um uns gegeneinander auszuspielen.

Als Linke stellen wir uns genau denen entgegen, die aus unseren Lebensgrundlagen Profit schlagen.

Die Krisen unserer Städte und Dörfer sind nämlich kein Zufall. Sie sind das Ergebnis einer Politik, die seit Jahren versagt. Schuldenbremse und Privatisierungen: all das sind politische Entscheidungen, die dazu führen, dass Straßen zerfallen, Kliniken schließen, Mieten erhöht werden und Busse nicht mehr fahren.

Die Schuldenbremse, von SPD, Grünen und CDU gemeinsam durchgesetzt, zwingt Kommunen zu einem Sparkurs, der Investitionen verhindert und Lebensqualität zerstört.

Marktlogik statt Bedarfe heißt: Es wird nicht gebaut, wo Menschen wohnen wollen, sondern da, wo es Profit verspricht. Krankenhäuser werden nicht betrieben, wo sie gebraucht werden, sondern wo sie sich „lohnen“. Sinnvolle

Haushaltspolitik wird blockiert, wenn sie sich nicht rechnet und genau das wird dann als „Sachzwang“ verkauft.

Wer profitiert von dieser Politik? Die, die sowieso schon reich sind und die ganz großen Konzerne. Sie alle machen Gewinne mit unseren Grundbedürfnissen. Und gleichzeitig erzählen uns SPD, Grüne und die CDU auf der kommunalen Ebene, dass diese Einsparungen alternativlos wären, während sie genau diese Politik auf Landes- und Bundesebene seit Jahrzehnten mittragen.

Diese Politik hat Folgen. Wer Menschen in Armut und Ohnmacht zurücklässt, bereitet den Boden für den Rechtsruck. Rechte Kräfte nutzen die soziale Spaltung, aber sie haben sie nicht erfunden. Sie greifen das auf, was die herrschende Politik verursacht: Verdrängung, Konkurrenz um knappe Ressourcen und das Gefühl von „denen da oben“ gar nicht gehört oder gesehen zu werden. Sie lenken gezielt ab und zeigen nicht auf die, die verantwortlich sind, sondern auf die Schwächsten unserer Gesellschaft.

Wir lassen nicht zu, dass rechte Hetzer die soziale Frage für ihre Spaltungslügen missbrauchen. Wir stehen zusammen. Für Solidarität statt Konkurrenz, für Teilhabe statt Ausgrenzung.

Wir wollen Investitionen statt Kürzungen: in Wohnen, öffentliche Räume, Bildung, Gesundheit und Mobilität.

Politik ist kein Zuschauersport. Veränderung entsteht, wenn wir sie selbst gestalten: auf der Straße, im Stadtteil, im Rathaus. **Holen wir uns die Kommunen zurück!**

1. WOHNEN FÜR ALLE BEZAHLBAR MACHEN

Gute, sichere und günstige Wohnungen für alle sollten in unserem reichen Land selbstverständlich sein. Doch in vielen Städten explodieren die Mieten, während Sozialwohnungen verschwinden und Menschen aus ihren Stadtteilen verdrängt werden. Auch im ländlichen Raum fehlt zunehmend günstiger Wohnraum. Ursache ist eine Politik, die Wohnungen privatisiert und dem Markt überlässt. Wir wollen das ändern: Wohnen ist ein Menschenrecht und keine Ware.

1.1 Bezahlbare Wohnungen bauen

Immer weniger Menschen finden bezahlbaren oder gar günstigen Wohnraum. Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften sind der beste Weg, dauerhaft günstige Wohnungen zu sichern. Ziel ist es, die öffentliche Hand zu stärken und den Wohnungsmarkt dem Profitinteresse zu entziehen.

Unsere Forderungen:

- ▶ gemeinnützigen, kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau (insbesondere durch die GBN) massiv ausbauen
- ▶ Gründung einer kreiseigenen Wohnungsgesellschaft, die eingreift, wo Kommunen zu klein sind, um eigene Gesellschaften zu unterhalten
- ▶ Massiver Ausbau der Wohnraumförderung
- ▶ Privatisierungen stoppen und rückgängig machen: Rückkauf privatisierter Bestände über kommunale Wohnungsunternehmen und Re-Kommunalisierungsfonds

- ▶ Dauerhafte Sozialbindung für alle neu gebauten und zurückgekauften Wohnungen
- ▶ Mieter*innenbeteiligung in kommunalen Gesellschaften, z. B. durch Drittelparität
- ▶ Förderung genossenschaftlicher und gemeinwohlorientierter Bauprojekte
- ▶ Soziale Quoten bei Neubauprojekten: mindestens 30 % geförderter Wohnraum, in wohlhabenden Stadtteilen bis zu 70 %.

1.2 Zweckentfremdung von Wohnraum bekämpfen, Rechte von Mieter*innen stärken

160.000 Wohnungen in Niedersachsen stehen leer, während Menschen keine Wohnung finden. Die Zahlen spezifisch für Nienburg werden nicht einmal systematisch erfasst. Dabei ist der Leerstand im Landkreis für alle sichtbar. Leerstand und Zweckentfremdung lohnen sich, weil falsche Anreize gesetzt werden. Ziel ist, Wohnraum zurück in Nutzung zu bringen und Mieter*innen vor Ausbeutung zu schützen.

Unsere Forderungen:

- ▶ Einführung einer Leerstandsabgabe von 10 €/m² in angespannten Märkten
- ▶ Kommunale Leerstandsregister und Zweckentfremdungssatzungen einführen
- ▶ Zweckentfremdungen von Wohnraum durch Plattformen wie AirBnB verbieten
- ▶ Beschlagnahme von leerstehenden Immobilien zur gemeinwohlorientierten Nutzung
- ▶ Konsequenz gegen Mietwucher vorgehen, Wohnungsämter personell ausstatten

- ▶ Flächendeckender Milieuschutz und Mietspiegel auf Basis von Bestandsmieten
- ▶ Kostenfreie kommunale Mietrechtsberatung etablieren und ausbauen

1.3 Wohnen ist Menschenrecht: Wohnungslosigkeit beenden

Immer mehr Menschen haben keine sichere Wohnung. Sie haben keinen Mietvertrag, kommen in Notunterkünften, bei Verwandten oder Freund*innen unter oder leben auf der Straße. Alle Menschen haben aber das Recht auf eine sichere, bezahlbare und gute Wohnung. Ziel ist, Wohnungslosigkeit zu verhindern und allen Menschen ein sicheres Zuhause zu garantieren.

Unsere Forderungen:

- ▶ Housing-First-Projekte im Landkreis Nienburg etablieren
- ▶ Kommunale Fonds einrichten, um drohende Zwangsräumungen zu verhindern
- ▶ Verbot von Energiesperren und Moratorium für Zwangsräumungen in sozialen Notlagen
- ▶ Kommunale Fachstellen für Wohnraumsicherung personell und finanziell stärken
- ▶ Notunterkünfte verbessern: Fachpersonal, Rückzugsräume für FLINTA*, Jugendliche und queere Menschen, Zugang für Menschen ohne Papiere
- ▶ Aufsuchende, niedrigschwellige Beratung sowie medizinische Versorgung
- ▶ Mitbestimmung wohnungsloser Menschen bei der Gestaltung von Unterkünften sicherstellen

- ▶ Menschenfeindliche Vertreibungsmaßnahmen im öffentlichen Raum beenden
- ▶ Automatisierte Abfrage der Schufa durch die GBN untersagen

1.4 Wohnen nach den eigenen Bedürfnissen – Barrierefrei (um)bauen

Immer mehr Menschen verlieren ihre Wohnung, wenn sie alt oder pflegebedürftig werden. Wohnungen müssen an Lebensrealitäten angepasst sein. Ziel ist eine Baupolitik, die Inklusion, Barrierefreiheit und gemeinschaftliche Wohnformen selbstverständlich macht.

Unsere Forderungen:

- ▶ Neubau und Sanierung kommunaler Wohnungen barrierefrei gestalten
- ▶ Mehrgenerationenhäuser und gemeinschaftliche Wohnprojekte gezielt fördern
- ▶ Aufsuchende Wohnraumberatung für Senior*innen und Menschen mit Behinderung
- ▶ Förderprogramme für den altersgerechten Umbau und Wohnungstausch („Alt gegen Jung“) einführen
- ▶ Finanzielle Unterstützung für barrierefreien Umbau ausweiten

1.5 Bodenspekulation stoppen – kommunale Planung muss sozial und klimagerecht sein

Boden darf nicht länger ein Spekulationsobjekt für private Profiteure sein. Das treibt Preise und verschärft Ungleichheit. Kommunen müssen die Hoheit über Grund und Boden zu-

rückerlangen. Ziel ist eine Bodenpolitik, die Gemeinwohl, Klima und soziale Infrastruktur sichert.

Unsere Forderungen:

- ▶ Kommunale Bodenfonds einrichten, um Flächen in öffentliches Eigentum zu holen
- ▶ Grundstücke nur noch per Erbpacht vergeben, nicht verkaufen
- ▶ Wertsteigerungen von Boden abschöpfen
- ▶ Neubaugebiete mit sozialer Infrastruktur (Kitas, Schulen, Nahverkehr, Grünflächen) planen
- ▶ Vorrang von Neubauten im Innenstadtbereich statt Versiegelung von Naturflächen
- ▶ Gewerbemieten deckeln, Vielfalt im Stadtbild sichern
- ▶ Mietendeckel für Gewerbeflächen einführen
- ▶ Nicht-profitorientierte Wohnungsunternehmen von Grundsteuer befreien
- ▶ Grundsteuer-Umlage auf Mieter*innen abschaffen
- ▶ Grundsteuer C wieder einführen, um spekulativen Leerstand unbebauter Grundstücke zu verhindern

1.6 Ökologisches und klimagerechtes Bauen kommunal stärken

Der Bausektor trägt ca. 40% zum weltweiten CO₂-Ausstoß bei. Um das zu ändern, muss an zwei entscheidenden Stellen angesetzt werden: Zum einen muss die energetische Sanierung vorangebracht werden und zum zweiten müssen klimaschonende Bauweisen massiv ausgeweitet werden. Darauf können die Kommunen maßgeblich Einfluss ausüben.

Wir fordern daher:

- ▶ Eine energetische und klimagerechte Sanierung aller kommunaler Bauten, Neubauten von kommunalen Gebäuden in klimaneutraler oder klimapositiver Bauweise
- ▶ Unterstützung der Bevölkerung bei der klimagerechten energetischen Sanierung durch kommunale Beratungen u.a. über Klimaschutzagenturen und kommunale Förderprogramme, die eine Kombination von energetischer Sanierung und Warmmietenneutralität vorsieht
- ▶ Umfängliche Nutzung des Erbbaurechtes zur Vergabe von Baugrundstücken und Festschreibung von klimapolitischen Mindeststandards beim Neubau in den Erbbaurechtsverträgen

2. BILDUNG: GERECHTE CHANCEN VON DER FRÜHKINDLICHEN BILDUNG AN UND EIN LEBEN LANG

Der Bildungserfolg in Deutschland ist stark abhängig von der sozialen Herkunft. Marode Gebäude, Bildungsstrukturen, die aktuellen Anforderungen nicht gerecht werden, fehlende Infrastruktur, Personalmangel, Arbeitsüberlastung sowie Gebühren verstärken noch diese Ungleichheiten. Im Landkreis Nienburg gibt es viel zu wenig Angebote im außerschulischen Bereich sowie im Weiterbildungsbereich. Was können linke Perspektiven sein in Zeiten einer starken Unterfinanzierung der Kommunen?

Wir fordern ein inklusives, beitragsfreies und qualitativ hochwertiges Bildungssystem, das gerechte Chancen für alle Menschen gewährleistet. Unsere Kommunen brauchen klare Strategien, um Fachkräfte zu binden und neue zu gewinnen. Dazu bedarf es eines Ausbaus der öffentlichen Trägerschaft. Gute Bildung muss solidarisch sein. Sie ist ein wichtiger Schutz vor zunehmenden rechten und rechtsextremen Einstellungen.

2.1 Frühkindliche Bildung für alle gebührenfrei und bedarfsgerecht

Sie ist entscheidend für die Sprachentwicklung, soziale Teilhabe und den Bildungserfolg.

Wir wollen in den Kommunen eine qualitativ hochwertige, gebührenfreie und wohnortnahe Kinderbetreuung gewährleisten. Dazu müssen auch die Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden verbessert werden.

Unsere Forderungen:

- ▶ Echte Kita-Beitragsfreiheit für alle Kinder bereits ab dem 1. Lebensjahr
- ▶ kostenloses, gesundes und regionales Frühstück und Mittagessen in allen Einrichtungen
- ▶ Mehr Investitionen in die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften. Öffentliche Kitas sollen das duale System unterstützen
- ▶ Entlastung der pädagogischen Fachkräfte durch zusätzliche Verwaltungskräfte und Hausmeisterdienste
- ▶ Ausbau der Krippen- und Kitaplätze nach dem tatsächlichen Bedarf

- ▶ Wohnortnahe Betreuung
- ▶ Schaffung von Betriebskitas
- ▶ Rechtsanspruch der Eltern auf Wahl der Kita und Betreuung von Geschwisterkindern in der gleichen Einrichtung (abhängig von den örtlichen Gegebenheiten)
- ▶ Zur Gewährleistung möglichst langer Betreuungszeiten braucht es in Zeiten der Unterfinanzierung der Kommunen und des Fachkräftemangels als Zwischenlösung die Schaffung von Schwerpunktkitas nur für Betreuungszeiten

2.2 Zukunftsfähige Schulen für alle - modern, gerecht, digital

Mit dem ab 2026 geltenden Recht auf Ganztagsbetreuung wächst der Druck auf die Kommunen: Ganzttag braucht moderne Räume, qualifiziertes Personal und gute Verpflegung. Schulen sind keine Orte der bloßen Aufbewahrung, sondern Lern- und Lebensorte. Es bedarf einer Vernetzung von Schule und Zivilgesellschaft.

Unsere Forderungen:

- ▶ Sanierungsprogramme für moderne, bedarfsgerechte und klimafreundliche Schulen
- ▶ Eine Schule für alle nicht nur in der Stadt Nienburg: Schaffung weiterer Gesamtschulen im Landkreis
- ▶ Kostenlose Lehr- und Lernmittel für alle Schüler*innen. Kostenübernahme durch die Schulträger
- ▶ Inklusive Bildung: baulich, digital und sozial barrierefrei, kommunale Psycholog:innen und Sozialar-

beiter:innen als Unterstützung für Kinder, Eltern, Lehrkräfte und Schulen

- ▶ Organisation und Umsetzung der Ganztagsbetreuung durch eine zentrale Stelle, durchgängig auch in den Ferienzeiten. Einsatz professioneller pädagogischer Fachkräfte
- ▶ Pädagogische Angebote gegen Schulabsentismus stärken
- ▶ Kostenfreie Beförderung für alle Schüler*innen in den Grundschulen und weiterführenden Schulen bis zum Abitur und für Auszubildende
- ▶ Kostenloses gesundes Frühstück und Mittagessen
- ▶ Vom Schulträger finanzierte zusätzliche Schulsozialarbeiter*innen
- ▶ Zusammenarbeit von Jugendpflege und Schule
- ▶ Stimmrecht für Schüler*innen- und Elternvertretungen in den kommunalen Ausschüssen
- ▶ Teilnahme an der Projektförderung „Demokratie leben“ und der WABE (Weser-Aller-Bündnis: Engagiert für Demokratie & Zivilcourage)
- ▶ Jugendparlamente mit echten Entscheidungsrechten und eigenem Budget
- ▶ Stärkung der BBS Nienburg: wir tragen Sorge dafür, dass keine weiteren Abteilungen abgebaut werden und mehr Fachpraxislehrkräfte eingestellt werden. Die Stärkung des Standorts verhindert Abwanderung in die Nachbarlandkreise

2.3 Kinder- und Jugendhilfe: Unterstützung für alle Kinder, Jugendlichen und Familien

Jugendämter konzentrieren sich auf Feuerwehrfunktionen bei angespannten und bedrohlichen Ausnahmesituationen. Wir wollen die Jugendämter bei ihrem fördernden, beratenden und präventiven Auftrag unterstützen. Dazu braucht es mehr Geld für Personal und sinnvolle Projekte.

Unsere Forderungen:

- ▶ Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe nach den tatsächlichen Bedarfen vor Ort
- ▶ Jugendzentren und Räume, die Kinder und Jugendliche selbst verwalten können
- ▶ Stärkung der Eingliederungshilfe, damit Inklusion kein Lippenbekenntnis bleibt
- ▶ Förderung und Ausbau kostenfreier Ferienfreizeiten
- ▶ Stärkung der offenen Jugendarbeit vor Ort
- ▶ Einführung von Kinderschutzkonzepten überall dort, wo mit Kindern gearbeitet wird

2.4 Migration und Integration: Unsere Kinder haben ihre Wurzeln hier und in der ganzen Welt

Wir möchten, dass Schule und Bildungseinrichtungen die Vielfalt unserer Kinder abbilden und bestärken.

Unsere Forderungen:

- ▶ Integration ist multiperspektivisch, Migrant*innen beteiligen an der Planung von Angeboten

- ▶ Kommunale Sprachförderkonzepte, die Mehrsprachigkeit unabhängig von der Herkunft wertschätzen
- ▶ Unterstützung von interkulturellen Initiativen, Vereinen und Projekten durch die Kommunen
- ▶ Förderung antirassistischer Projekte und Kulturangebote in- und außerhalb von Schulen
- ▶ Sprachmittler*innen und Traumahilfen für Kinder- und Jugendliche mit Fluchterfahrung

2.5 Weiter- und Persönlichkeitsbildung: VHS, Bibliotheken, Kultur sichern

Wir wollen gebührenfreies, lebenslanges Lernen wohnortnah ausbauen.

Unsere Forderungen:

- ▶ VHS-Grundfinanzierung erhöhen
- ▶ Sozial gestaffelte Beiträge für VHS-Kurse, Musik- und Kunstschulangebote
- ▶ Begegnungszentren, Verbandshäuser (Naturfreundehaus) und kommunale Freizeitheime errichten bzw. ausbauen
- ▶ Kostenloses WLAN in allen öffentlichen Einrichtungen
- ▶ Bibliotheksöffnungszeiten ausweiten und an die Bedarfe anpassen

3. GESUNDHEIT (UND DASEINSVORSORGE) - FÜR EINE SOLIDARISCHE INFRASTRUKTUR

Gesundheit ist ein Menschenrecht und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Doch in Niedersachsen und auch im Landkreis Nienburg gefährden Klinikschließungen, Personalmangel und die Profitorientierung die flächendeckende Versorgung – besonders im ländlichen Raum. Die medizinische Infrastruktur wird zunehmend ausgedünnt, während Beschäftigte unter prekären Bedingungen arbeiten müssen. Wir setzen uns für ein bedarfsorientiertes, solidarisches Gesundheitssystem ein, das allen Menschen unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Geschlecht gleichberechtigten Zugang zu hochwertiger Versorgung bietet. Gesundheitspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die Bildung, Umwelt, Feminismus, Queerpolitik, Arbeit und Wohnen mitdenkt – denn Gesundheit bedeutet mehr als nur die Abwesenheit von Krankheit.

3.1 Kommunale Gesundheitszentren aufbauen: Dezentral, präventiv, barrierefrei

Der demografische Wandel und der Ärztemangel verschärfen die Unterversorgung, besonders auf dem Land. Ziel ist der Aufbau von kommunalen Gesundheitszentren, die wohnortnah, präventiv und barrierefrei arbeiten.

Unsere Forderungen:

- ▶ Aufbau kommunaler medizinischer Versorgungszentren in öffentlicher Trägerschaft
- ▶ Teams aus Ärzt*innen, Pflege- und Gesundheitsberufen in multiprofessioneller Zusammenarbeit.

- ▶ Flexible Arbeitsbedingungen für Ärzt*innen ohne ökonomisches Risiko
- ▶ Barrierefreie Zugänge für alle: baulich, kommunikativ und sozial
- ▶ Anbindung der Gesundheitszentren an den Nahverkehr
- ▶ Queere Versorgung berücksichtigen (PrEP, HRT, Psychotherapie, etc)

3.2 (Re)Kommunalisierung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen umsetzen

Immer mehr Krankenhäuser schreiben rote Zahlen, weil sie unter dem Druck stehen, Gewinne zu erwirtschaften. Besonders wohnortnahe Kliniken und Pflegeeinrichtungen sind von Schließung bedroht; oft mit verheerenden Folgen für die Versorgung: Eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung und würdige Pflege in Wohnortnähe ist dadurch nahezu nicht mehr gewährleistet. Ziel ist eine Gesundheits- und Pflegeversorgung in öffentlicher Hand, die Daseinsvorsorge statt Profitinteressen folgt.

Unsere Forderungen:

- ▶ Rekommunalisierung der Helios Klinik in Nienburg
- ▶ Überführung privater Kliniken und Pflegeheime in gemeinwohlorientierte Trägerschaft
- ▶ Ausbau und Stärkung des Rettungsdienstes, insbesondere im ländlichen Raum
- ▶ Rekommunalisierung des Rettungsdienstes

3.3 Gute Pflege sichern: Mehr Personal, bessere Löhne, ambulant und stationär

Pflegekräfte sind überlastet und unterbezahlt, viele verlassen den Beruf. Eine Stärkung lässt sich nur mit einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreichen, denn ein solidarisches Gesundheitssystem braucht gute Arbeit. Ziel ist eine menschenwürdige Pflege durch bessere Arbeitsbedingungen und verlässliche Personalstandards.

Unsere Forderungen:

- ▶ Mehr Personal in Kliniken und Pflegeeinrichtungen, höhere Löhne, Tarifbindung
- ▶ Kommunale Programme für familienfreundliche Schichtmodelle und Betreuungsangebote
- ▶ Hochwertige Ausbildung mit mehr Anleitung und Lernzeiten
- ▶ Einrichtung kommunaler „Räte für Gute Arbeit im Gesundheitswesen“

3.4 Psychische Gesundheit und Prävention stärken: Hilfe statt Stigma

Psychische Krankheiten sind ein Thema, das in unserer Gesellschaft viel zu häufig gemieden wird. Erwerbstätige leiden zunehmend unter dem steigenden Leistungsdruck; vor allem Frauen, die neben beruflicher Verpflichtung oft die Hauptverantwortung für Sorgearbeit tragen.

Die Corona-Pandemie hat die Lage weiter verschärft. Gleichzeitig fehlen vielerorts Therapieplätze, wodurch sich die Situation für Betroffene weiter zuspitzt.

Ziel ist eine Versorgung, die Hilfe statt Ausgrenzung bietet.

Unsere Forderungen:

- ▶ Landkreisweit mehr Psychotherapieplätze durch Förderung von Niederlassungen und Weiterbildung
- ▶ Kommunale Mittel für Psychologinnen, Sozialarbeiterinnen und Fachkräfte erhöhen
- ▶ Ausbau von Gruppenangeboten, Tagesstätten und betreutem Wohnen

3.5 Akzeptanzorientierte Drogenpolitik und Vorsorge ausbauen

Suchterkrankungen sind weit verbreitet – doch Betroffene stoßen oft auf Stigmatisierung statt auf Hilfe. Die Kriminalisierung von Drogenkonsum verschärft soziale Probleme und verhindert wirksame Prävention. Wir setzen uns für eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik und eine flächendeckende Versorgung mit Beratungs- und Hilfsangeboten ein. Statt Drogenkonsum zu kriminalisieren, wollen wir einen effektiven Gesundheitsschutz, der Menschen in Abhängigkeit auf dem Weg aus ihrer Sucht begleitet. Ziel ist eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik, die Hilfe und Vorbeugung in den Mittelpunkt rückt – statt Strafe und Ausgrenzung.

Unsere Forderungen:

- ▶ Aufklärungskampagnen in Schulen, Vereinen und Jugendzentren
- ▶ Ausbau kommunaler Anlaufstellen zur Suchtberatung und Substitution
- ▶ Unterstützung von Selbsthilfegruppen und Dro-

- genkonsumräumen
- ▶ Modellprojekte zur Entkriminalisierung auf kommunaler Ebene
- ▶ Möglichkeit zur Substanzanalyse („Drug-Cheking“) in jeder Kommune

3.6 Geburtshilfe sichern

Hebammen und werdende Eltern leiden unter dem steigenden Druck im Gesundheitswesen. Die Ökonomisierung und Profitorientierung gefährdet eine flächendeckende und würdevolle Versorgung rund um die Geburt. Wir setzen uns für eine wohnortnahe Geburtshilfe und die freie Wahl des Geburtsortes ein – unabhängig von Wohnort oder Einkommen. Familien haben Anspruch auf Hebammenbegleitung – von der Schwangerschaft bis ins erste Lebensjahr des Kindes. Auch Frauen, die sich gegen die Schwangerschaft entscheiden, brauchen angemessene Unterstützung. Ziel ist eine wohnortnahe, sichere und selbstbestimmte Geburtshilfe.

Unsere Forderungen:

- ▶ Geburtshilfe in der Helios Klinik mit Schutz vor Gewalt
- ▶ Kommunale Unterstützung für Hebammen, finanziell und strukturell
- ▶ Regelmäßige Evaluation der Geburtshilfe durch runde Tische
- ▶ Die Helios Klinik und gynäkologische Praxen verpflichten, Schwangerschaftsabbrüche zu ermöglichen
- ▶ Kommunale Informationsangebote über Bera-

3.7 Freiwillige Feuerwehr: Ausfinanzierung über die gesetzlichen Pflichten hinaus

Neben dem Sportverein ist die Freiwillige Feuerwehr nicht nur die wichtigste Freizeitbeschäftigung im ländlichen Raum. Ein Teil der freiwilligen Feuerwehr zu sein, bedeutet die Übernahme von Verantwortung für unsere gesamte Gesellschaft. Sie stellt unsere öffentliche Sicherheit und den Schutz unserer Gesellschaft sicher, ganz egal ob in der eigenen Nachbarschaft, auf kommunaler Ebene oder im Bereich des Katastrophenschutzes sogar über die Landesgrenzen hinaus. Fördervereine haben sich aufgrund der finanziellen Notsituation bei den Strukturen der freiwilligen Feuerwehr etabliert. Es kann aber nicht sein, dass die dringend nötige Arbeit der freiwilligen Feuerwehren zu großen Teilen aus freiwilligen Spenden finanziert wird. Arbeitserleichternde Geräte oder die finanziellen Mittel der Jugendfeuerwehr sind dabei nur einige wenige Beispiele. Die Freiwillige Feuerwehr braucht Planungssicherheit über den kommunalen Haushalt.

- ▶ Finanzierung von Teambuilding in den Ortswehren
- ▶ Stärkere Anwerbung von Mitgliedern, bspw. über Flyer und Angebote in öffentlichen Behörden
- ▶ Bildungs- und Aufklärungsarbeit über die freiwillige Feuerwehr in allen Ortswehren zum Thema Diskriminierung, Rassismus und Sexismus
- ▶ Bereitstellung von Mitteln für die Jugendfeuerwehr über die Selbsterhaltungskosten hinaus
- ▶ Eine angemessene Aufwandsentschädigung für Leitungs- und Verantwortungsposten

4. ARBEIT, WIRTSCHAFT UND FINANZEN – GUT, GERECHT UND TRANSPARENT

Kommunen sind nicht nur große Arbeitgeber*innen, sie haben auch großen Einfluss auf die wirtschaftliche Ausrichtung und Funktionalität ihrer Region. Sie haben den größten Anteil an den Infrastrukturinvestitionen und können verschiedene Werkzeuge nutzen, um lokal und regional die Wirtschaft mitzugestalten. Die Kommunen sind chronisch unterfinanziert. Doch die Spielräume, die da sind, werden meist wenig oder gar nicht genutzt und nur dann, wenn es nicht mehr anders geht, oder zu Gunsten von Einzelinteressen, statt im Interesse der Mehrheit von uns.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommune die Prioritäten im Gemeinwohl setzt. Es ist an der Zeit, dass wir die Interessen der Bürger*innen an die erste Stelle setzen und im ersten Schritt überlegen, was die Bewohner*innen eines Dorfes oder einer Stadt brauchen, um dort gut leben zu können. Denn auch ein lebenswertes Umfeld für Beschäftigte und deren Familien ist Standortfaktor. Auch Kitas sichern Arbeitsplätze. Und gute Bildung hilft gegen Fachkräftemangel. Dafür braucht es mehr als einen funktionierenden moralischen Kompass in Einzelentscheidungen. Es braucht ein Konzept, dass wirtschaftliche Stärke als Resultat sozialer Sicherheit erkennt.

4.1 Gute Arbeit und soziale Sicherheit: Faire Löhne,

starke kommunale Betriebe

Arbeit in kommunaler Verantwortung kann Vorbild sein – für faire Bezahlung, Tarifbindung und Mitbestimmung. Doch zu oft sehen wir Ausgliederungen, prekäre Beschäftigung und Lohndumping. Wir wollen gute Arbeitsbedingungen für die kommunalen Beschäftigten. Zudem sollten die Kommunen ihre Möglichkeiten nutzen, um Tariftreue auch bei Zulieferern und Dienstleistern einzufordern.

Unsere Forderungen:

- ▶ Tarifbindung in allen kommunalen Betrieben sichern und konsequent anwenden
- ▶ Keine Ausgliederungen, Leiharbeit oder prekäre Beschäftigung in kommunaler Verantwortung
- ▶ Tariftreue bei Vergaben: öffentliche Aufträge nur an Unternehmen, die gute Arbeitsbedingungen garantieren
- ▶ Geflüchtete dürfen nicht als Billigarbeitskräfte ausgebeutet werden – gleiche Rechte und Bezahlung für alle
- ▶ Entlastung für Beschäftigte in Verwaltungen, mehr Personal statt Arbeitsverdichtung
- ▶ Stärkung von Personal- und Betriebsräten und gewerkschaftlicher Organisation sowie Mitbestimmung in allen kommunalen Betrieben

4.2 Energie, Wasser und Abfall als öffentliche Da-

seinsvorsorge garantieren

Energie, Wasser und Abfall sind Grundrechte – doch in den letzten Jahrzehnten wurden Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert oder ausgelagert. Die Folge: steigende Preise, schlechtere Leistungen, weniger demokratische Kontrolle. Kommunen dürfen nicht abhängig sein von Konzernen, die auf Gewinnmaximierung setzen. Wir wollen eine Rekommunalisierung zentraler Bereiche bzw. da, wo diese wichtigen Bausteine der Daseinsvorsorge bereits in kommunaler Hand sind, eine Beibehaltung dieser Praxis statt des Ausverkaufs der Betriebe. Damit sichern wir eine verlässliche Versorgung für alle.

Unsere Forderungen:

- ▶ Energie-, Wasser- und Abfallbetriebe in kommunaler Hand halten und vor Ausverkauf schützen
- ▶ Ausreichende Finanz-, Sach- und Personalmittel für öffentliche Betriebe bereitstellen
- ▶ Sozial verträgliche Gebührenmodelle und Absicherung gegen Energiesperren
- ▶ Transparente Entscheidungsprozesse, die Bürger*innen beteiligen

4.3 Gerechte Kommunalfinanzen sichern: Transparenz und Verteilungsgerechtigkeit

Viele Kommunen können ihre Pflichtaufgaben kaum noch erfüllen, weil ihnen Einnahmen fehlen und sie gleichzeitig unter hohen Belastungen leiden. Schuldenbremsen und unzureichende Finanzierung durch Bund und Land verschärfen die Krise. Dabei geht es um zentrale Aufgaben: Bildung, Kin-

der- und Jugendhilfe, Kultur und soziale Teilhabe. Finanzpolitik darf nicht in Hinterzimmern geschehen, sondern muss transparent, gerecht und nachvollziehbar sein.

Unsere Forderungen:

- ▶ Vorrang für Bildung, Kinder- und Jugendhilfe sowie Gleichstellungs- und Teilhabeprojekte im Haushalt
- ▶ Planungssicherheit durch Grundförderung für Pflichtaufgaben wie Jugendhilfe
- ▶ Gewerbesteuerhebesätze angleichen, um „Steueroasen“ zwischen Kommunen zu verhindern
- ▶ Auskunftsrechte für Bürger*innen über Einnahmen und Ausgaben in verständlicher Form
- ▶ Öffentliche Beratung aller finanzwirksamen Entscheidungen in Räten und Ausschüssen
- ▶ Gemeinwohl vor Prestigeprojekte: Keine Streichung freiwilliger Leistungen bei gleichzeitigen Mehrausgaben für Stadtjubiläen oder überwältigende Immobilienkäufe

4.4 Kommunale Wirtschaftspolitik: Nachhaltige Strukturen erhalten und stärken

Immer weniger Betriebe zahlen nach Tarif, Mitbestimmung wird geschwächt, viele Firmen setzen auf unsichere Jobs mit schlechter Bezahlung. Das muss nicht so sein: Wir streiten für eine aktive Wirtschaftspolitik an der Seite der Beschäftigten und Gewerkschaften.

Unsere Forderungen:

- ▶ Wirtschaftsförderung nur, wenn gute, tarifgebundene Arbeitsplätze entstehen
- ▶ Tariftreue auch bei Aufträgen unterhalb der bisherigen Schwellenwerte
- ▶ Kommunale Beratungsangebote für Betriebsübernahmen durch Beschäftigte einführen
- ▶ Förderung von Genossenschaften und solidari-schen Wirtschaftsmodellen
- ▶ Unterstützung für Betriebe, die auf nachhaltige, gesellschaftlich notwendige Produktion umstellen – statt Abhängigkeit von Rüstungsindustrie oder Spekulation
- ▶ Unterstützung inhabergeführter Einzelhandelsge-schäfte in Innenstädten sowie auf den Dörfern
- ▶ Wirtschaftsförderung durch ein gutes Leben für alle: Da, wo Betriebsansiedlungen geplant sind, müssen der Ausbau von Kinderbetreuungsstruk-turen, Bildungsangeboten sowie kulturellem Le-ben mitgedacht und entsprechend priorisiert wer-den

4.5 Attraktive Innenstädte und Dörfer

Innenstädte veröden, weil Mieten erhöht werden und Konsumzwang viele Menschen ausschließt. Auf dem Land wiederum bricht die Nahversorgung zusammen, wenn kleine Läden schließen und Busverbindungen gekappt werden. Wir wollen Innenstädte und Dörfer als Orte des sozialen Lebens erhalten und weiterentwickeln – mit Kultur, Treffpunkten und Versorgung für alle.

Unsere Forderungen:

- ▶ Kommunale Konzepte für Innenstädte und Dorfzentren ohne Konsumzwang: Plätze, Parks, Räume für Begegnung schaffen, die nicht unter Umsatzdruck stehen
- ▶ Erhalt, regelmäßige Wartung und Modernisierung von Spielplätzen und Erweiterung gering frequentierter Spielplätze zu Mehrgenerationenorten, an denen Menschen jeden Alters einander begegnen können
- ▶ Innenstädtische Freiräume bzw. zentrale Freiräume für Jugendliche auf dem Dorf schaffen und erhalten: beispielsweise durch tatsächliche Realisierung von Skateparks und selbstverwalteten Jugendzentren
- ▶ Beteiligung der Bürger*innen an der Gestaltung von Stadtzentren und Dorfplätzen
- ▶ Förderung von Kultur, Märkten und Festen im öffentlichen Raum, die auch niedrigschwellige Teilnahmen ermöglichen und keine zusätzlichen Hürden durch Becherpfand o.Ä. schaffen
- ▶ Autofreie Innenstädte: Schrittweise Einrichtung autofreier Bereiche in Zentren da, wo sie noch nicht vorhanden sind. Ausnahmen gelten für den öffentlichen Nahverkehr, Lieferverkehr und Menschen mit Behinderungen. Dabei wird Lieferverkehr strenger reguliert, um die Aufenthaltsqualität und Sicherheit zu gewährleisten
- ▶ Gemischte Ausweisung von Wohn- und Gewerbeflächen: Gemischte Flächennutzung beleben Innenstädte und Dörfer und erhöhen die Sicherheit für vulnerable Personengruppen

4.6 Lebenswerte und versorgungssichere Dörfer erhalten

Dörfer sind wichtige Lebensräume, stehen aber vor wirtschaftlichen und demografischen Herausforderungen. Ihre Lebensqualität und zukünftige Entwicklungspotentiale sind außerhalb der Dörfer kaum im Fokus des öffentlichen Interesses. Die Entwicklung vom Lebensort zum Schlafdorf seit den frühen 70er Jahren verschärft sich gegenwärtig immens. Die Busanbindung an die nächste Stadt ist mangelhaft, Einkauf und Arztbesuche gestalten sich schwierig, Post und Geldinstitute haben das Dorf oft schon verlassen. Kommunale ehrenamtliche Selbstverwaltung steht vor unermesslichen Herausforderungen bei leeren Kassen. Unsere Vision: Wir wollen nicht immer nur darüber sprechen, wie die Menschen nach Nienburg oder Hoya oder Rehburg-Loccum kommen, sondern wir wollen Dörfer, in denen die Menschen auch gut und gerne bleiben.

Unsere Forderungen:

- ▶ Infrastruktur, Nahversorgung und Kultur dürfen nicht dem ehrenamtlichen Engagement überlassen werden und bedürfen der Steuerung und Finanzierung durch die Kommunen
- ▶ Konzeptentwicklung zur Führung von genossenschaftlichen Dorfläden von Bürger*innen und aktive Unterstützung bereits bestehender Dorfläden durch die Kommune
- ▶ Förderung kleiner Einzelhändler*innen, die Nahversorgung sichern
- ▶ Begegnungsstätten für Menschen aller Generationen schaffen: Gasthäuser in kommunale Hand ge-

ben statt sie sterben lassen!

- ▶ Bewegungsorte und Naherholungsflächen ausbauen, pflegen und schützen
- ▶ Mobilitätskonzepte vor allem in Ferienzeiten, Abendstunden und an Wochenenden, die es allen Menschen ermöglichen, einander zu besuchen
- ▶ Zu den Dörfern reisende Pflegekräfte oder Ärzt*innen, um die gesundheitliche Nahversorgung sicherzustellen
- ▶ Breitbandversorgung bis ins kleinste Dorf, damit Teilhabe und ortsunabhängiges Arbeiten auch am entlegensten Ort des Landkreises noch möglich sind
- ▶ Keine Ausweisung reiner Einfamilienhaussiedlungen, sondern gemischte Baugebiete, in denen Wohnen, kulturelles und soziales Leben sowie alltägliche Begebenheiten wie Arztbesuche und Einkäufe in enger, räumlicher Nähe stattfinden
- ▶ Ausweitung der kommunalen Beratung zur Projektförderung (Mittel aus Landes-, Bundes und Europa-Fördertöpfen)

5. VERKEHR – MOBILITÄT FÜR ALLE, BEZAHLBAR UND KLIMAFREUNDLICH

Freie, klimaneutrale Mobilität sollte ein Grundrecht sein, doch dank Sozialkürzungen werden sogar Tickets für Schüler*innen und Senior*innen teurer. Zu häufig wird in der Verkehrspolitik einseitig auf das Auto gesetzt, was nicht nur klimaschädlich und gefährlich ist, sondern auch Teilhabe erschwert und die Lebensrealität armutsbetroffener Menschen außer Acht lässt. Eine Verkehrspolitik, die alle mit-

nimmt, stellt Bus und Bahn in den Mittelpunkt und denkt im Individualverkehr neben dem Auto auch das Fahrrad und die Fußverkehre immer mit.

Unsere Vision für ein besseres Morgen ist klar: Wir wollen, dass jeder Mensch, unabhängig von Alter, Behinderung oder Einkommen, ans Ziel kommt. Wir wollen ein Verkehrskonzept im Landkreis Nienburg, das Menschen zusammenbringt.

5.1 Nulltarif im Nahverkehr einführen: Für Schüler*innen, Rentner*innen und Armutsbetroffene

Ein Landkreis ohne kostenlosen Nahverkehr für zumindest Schüler*innen, Rentner*innen, Geringverdienende und unbezahlt Sorgetragende, ist kein Landkreis mit Inklusion und Teilhabe. Es darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein, ob Freund*innen, Kultur oder Freizeitorte erreicht werden können. Ein jeder Mensch verdient Teil einer Gemeinschaft zu sein. Kostenfreier Nahverkehr schützt vor Ausgrenzung.

Unsere Forderungen:

- ▶ Einführung eines Nulltarifs für Schüler*innen, Rentner*innen und Armutsbetroffene
- ▶ Kommunale Finanzierung sichern durch Zuschüsse des Landes, sowie großer Arbeitgeber, die vom öffentlichen Nahverkehr profitieren
- ▶ Bürokratieabbau durch einfaches Vorzeigen des Schüler*innen- oder Rentner*innenausweis anstelle eines extra Tickets
- ▶ Stufenmodell zum Vollausbau, sodass alle Menschen kostenlos Nahverkehr fahren können
- ▶ Einsteigen ohne Ticketkontrolle einführen und da-

- ▶ durch die Fahrtzeiten von Bussen verkürzen
- ▶ Ticketkontrollen im Nahverkehr einstellen
- ▶ Im Übergang bis zum Nulltarif: Entkopplung der Schüler*innentickets von den Schuljahren, damit der Zugang zum ÖPNV für Kinder und Jugendliche jederzeit gesichert ist

5.2 Bus- und Bahnangebote ausbauen: Rund um die Uhr überall sicher ans Ziel

Der Landkreis Nienburg ist ein Flächenlandkreis. Die Stärke der Vielfalt unterschiedlichster Gemeinden und Dörfer ist gleichzeitig die größte Tücke für all diejenigen, die nicht einfach ins Auto steigen und losfahren können. Ob Kinder und Jugendliche, Familien an der Armutsgrenze, Pendler*innen oder Senior*innen – die Menschen, die in unserem Landkreis leben, sind auf einen verlässlichen öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Denn ob Altstadtfest, Katharinenmarkt oder Oktobermarkt, manchmal möchte man das Auto ja vielleicht auch einfach mal stehen lassen. Für eine gleichberechtigte Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben sowie am Arbeitsmarkt und den Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildungsangeboten ist ein verlässlicher Nahverkehr unerlässlich.

Unsere Forderungen:

- ▶ Busse und Haltestellen müssen so ausgestattet sein, dass sie für jeden Menschen sicher nutzbar sind: ob mit Rollator, Kinderwagen, Rollstuhl oder mit einer Sehbehinderung. Dazu gehören auch ausreichende Beleuchtung, taktile Leitsysteme und rutschfeste Beläge

- ▶ Der ÖPNV muss auch am Abend, an Wochenenden und innerhalb der Ferienzeiten fahren, damit nicht nur Autofahrer am sozialen und kulturellen Leben im Landkreis Nienburg teilhaben können
- ▶ Es müssen zusätzliche Linienangebote geschaffen werden, um den Pendlerverkehr, aber auch den Freizeitverkehr für jeden Menschen im Landkreis zu ermöglichen
- ▶ Da, wo bereits Schieneninfrastruktur liegt, muss diese genutzt werden, um umliegende Gemeinden an den Nah- und Fernverkehr (wieder) zuverlässig anzubinden
- ▶ Der ÖPNV muss zuverlässiger werden, dafür brauchen wir auch Druck bei Bund, Land und Bahn sowie Investitionen in die Digitalisierung - zum Beispiel beim Ausbau der FahrPlaner App oder digitalen Fahrplanauskünften
- ▶ Die Mitgliedsgemeinden sollen Ruf- und Bürgerbusse fördern, um flexible Angebote für dünn besiedelte Regionen zu schaffen
- ▶ Wir fordern den Einsatz von elektrisch betriebenen Bussen. Damit verbunden ist die Investition in eine dafür vorgesehene Ladeinfrastruktur, die in Zusammenarbeit mit der VLN und den Stadtwerken geplant und umgesetzt werden muss. Ausgerangierte Akkus der Busse können als Second-Life-Batterien genutzt werden, um den Ausbau von erneuerbaren Energien zu vereinfachen, indem diese die Netze entlasten

5.3 Fuß- und Radverkehr fördern: Sichere und barrierefreie Wege schaffen

Wir wollen die 15-Minuten-Stadt auch auf dem Dorf. Das bedeutet, dass auch die kleinste Gemeinde ein Verkehrskonzept bekommt, das nicht nur das Auto mitdenkt, sondern auch gefahrlosen Fuß- und Radverkehr ermöglicht. Damit unterstützen wir nicht nur Menschen, die nicht Auto fahren können oder wollen, sondern schaffen sichere Lebensräume für alle, vom Kita-Kind bis zum Senior. Ein derartiges Verkehrskonzept braucht ausreichend ausgebaute Fuß- und Radwege, sichere Quermöglichkeiten sowie Beschaffenheit und Beleuchtung, bei der sich alle Menschen auch nachts gleichermaßen sicher fühlen. Radwege dürfen und müssen nicht im Konflikt mit Landstraßen stehen.

Unsere Forderungen:

- ▶ Breite, fest ausgebaute Radwege anstatt zu schmaler Fahrradschutzstreifen auf der Straße.
- ▶ Sichere, breite, barrierefreie Fußwege überall, wo Menschen unterwegs sind
- ▶ Vernünftige Ausleuchtung von Fußwegen bei Nacht, die ganze Nacht
- ▶ Fahrradinfrastruktur ausbauen: mehr Fahrradparkhäuser, überdachte Abstellanlagen, sichere Abstellmöglichkeiten an Nahverkehr-Haltestellen
- ▶ Barrierefreiheit garantieren: abgesenkte Bordsteine, taktile Leitsysteme, rutschfeste Beläge und breite Gehwege
- ▶ Schul- und Alltagswege sicher machen: Vorrang für Fuß- und Radverkehr an Kreuzungen, mehr Zebrastreifen, sichere Querungen mit Ampelanlagen an Hauptstraßen

6.NATUR-UMWELT-LANDWIRTSCHAFT: NACHHALTIG UND GEMEINWOHLORIENTIERT

Die Klimakatastrophe, die Ausbeutung der Natur und das Artensterben sind die Folgen der kapitalistischen Ausbeutung. Der Klima- und Umweltschutz darf nicht Konzernen überlassen werden. In der Kommune brauchen wir eine öffentliche Kontrolle, die Beteiligung der Bürger*innen und eine konsequente gemeinwohlorientierte Politik.

6.1 Erneuerbare Energien ausbauen und Flächenverbrauch reduzieren

Die sogenannte „Energiewende“ muss öffentlich kontrolliert werden und in der Hand der Kommunen und Energiegenossenschaften sein. Einnahmen aus der Stromproduktion vor Ort sollen unsere Bürger*innen im Landkreis durch günstigere Strompreise entlasten.

Unsere Forderungen:

- ▶ Weiterer Ausbau von Wind- und Solarenergie mit Beteiligung der Bürger*innen und Kommunen
- ▶ Dächer und Fassaden nutzen anstatt Freiflächen zu versiegeln
- ▶ Photovoltaik auf allen öffentlichen Gebäuden, Gewerbeflächen und Gebäuden, die in genossenschaftlicher Hand sind, wenn möglich
- ▶ Verbot von Stromsperrern
- ▶ Innovative Konzepte, z.B. Agri-Photovoltaik (vertikale Photovoltaik-Anlagen), umsetzen, um weiterhin landwirtschaftlichen Anbau auf Freiflächen zu ermöglichen

6.2 Artenschutz, Begrünung, Biodiversität fördern

Naturzerstörung darf kein Geschäftsmodell sein. Wir brauchen eine ökologische Entwicklung unserer Kommunen.

Unsere Forderungen:

- ▶ Flächen entsiegeln, flächensparende Bauleitplanung
- ▶ Begrünung öffentlicher Flächen
- ▶ Baumschutzsatzungen einführen
- ▶ Das bestehende Verbot von Schottergärten konsequent durchsetzen
- ▶ Unterstützung von Repair-Cafés, Umsonstläden und Tauschinitiativen

6.3 Klimaanpassung und nachhaltigen Wasserhaushalt sicherstellen

Im Landkreis war in den letzten Jahren zunehmend eine Wasserknappheit im Sommer zu beobachten. Getränke-, Agrar- und Bauindustrie beuten oftmals rücksichtslos Wasser und Boden aus.

Unsere Forderungen:

- ▶ Wasser ist ein öffentliches Gut – keine Privatisierung
- ▶ Regenwassernutzung und Entsiegelung fördern
- ▶ Einbau von Rigolen in Wohngebieten, um Starkregenereignisse abzumildern
- ▶ Ausbau von Schutzmaßnahmen gegen Extremwetter: bessere vernetzte Planung zwischen den Gemeinden. Nicht alle Gemeinden müssen alle

- Schutzelemente (z.B. Sandsäcke) vorhalten, das Vorgehen aber zwingend gemeinsam koordinieren
- ▶ Hitzeschutzpläne für die Kommunen
 - ▶ Kostenfreie Trinkwasserbrunnen im öffentlichen Raum
 - ▶ Stets aktualisierte Katastrophenschutzpläne niedrigschwellig zugänglich, auch analog und mehrsprachig
 - ▶ Wassersparmaßnahmen gerecht zwischen Privathaushalten, Landwirtschaft und Industrie aufteilen und umsetzen

6.4 Landwirtschaft, Ernährung und Tierschutz ökologisch gestalten:

Die Landwirtschaft steht unter starkem Druck durch steigende Kosten und die aufgezwungenen Preise der Lebensmittelkonzerne. Besonders unsere lokalen und regionalen kleinen und mittleren Höfe sind in ihrer Existenz bedroht. Wir wollen die heimische Landwirtschaft fördern, besonders die solidarische Landwirtschaft.

Unsere Forderungen:

- ▶ Mastbetriebe und Schlachthöfe sollen nicht mehr von den Kommunen unterstützt werden
- ▶ Förderung ökologisch und/oder solidarisch produzierender Betriebe
- ▶ Unterstützung bei der regionalen Vermarktung von Produkten, z.B. durch Fördermittel für Hofläden, Automatenysteme u.ä.
- ▶ Pachtflächen der Gemeinden sollen an vor Ort ansässige Landwirte vergeben werden und nicht an

überregionale Investoren fallen. So können auch Monokulturen verhindert werden

- ▶ Keine Folierung der Spargelanbauflächen, um Vögel zu schützen und die Vermüllung der Natur zu verhindern
- ▶ Unterstützung der bäuerlichen Betriebe im Preiskampf mit den Lebensmittelkonzernen
- ▶ Unterstützung bei Hofübernahmen
- ▶ Unterstützung bei Stallumbaumaßnahmen für Tierschutz
- ▶ Aufstockung Veterinärämter

7. GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT: SOLIDARISCH, GERECHT, INKLUSIV

Während die Reichen immer reicher werden, kämpft die Mehrheit der Gesellschaft mit steigenden Mieten und Lebensmittelpreisen, unsicheren Jobs und fehlender sozialen Absicherung. Statt Solidarität und Investitionen in das Gemeinwohl setzt die regierende Politik auf Kürzungen im Sozialstaat. Ob Frauenberatungsstellen, Begegnungsstätten oder Jugend- und Kulturarbeit: Überall wo der Mensch im Vordergrund steht, wird der Rotstift angesetzt und Fördergelder gekürzt oder gestrichen. Dies könnte das Aus für Jugendhäuser, das Frauenhaus, die Obdachlosenhilfe, das Freibad am Dobben und weitere soziale Projekte bedeuten. Dabei ist es uns wichtig nicht über die Bedürfnisse der Menschen zu sprechen sondern mit ihnen. Wir wollen Bewusstsein für Gemeinsamkeiten schaffen und auf diese Weise solidarisch die Gesellschaft und die Schwächeren stärken. Für uns heißt das: Das Gemeinwohl muss über dem Profit stehen und dass niemand aufgrund von Merkmalen wie z.B.

Herkunft, Geschlecht, Behinderung, Alter oder Einkommen benachteiligt wird.

7.1 Armut, Einsamkeit und soziale Ausgrenzung bekämpfen

Fehlende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben macht einsam. Einsamkeit ist dabei kein persönliches Versagen, sondern unmittelbare Folge von struktureller Ausgrenzung durch Armut. Freizeitangebote, die das soziale Beisammensein und Zugehörigkeitsgefühl im eigenen Lebensumfeld stärken, sind oft mit finanzieller Beteiligung verbunden und grenzen armutsbetroffene Menschen aus. Besonders hart treffen diese Zustände Kinder und Jugendliche, Alleinerziehende, Senior*innen, Geflüchtete, migrantische sowie erkrankte und behinderte Personen

Unsere Forderungen:

- ▶ Öffentliche Begegnungsorte, solidarische Räume und niedrigschwellige Hilfsangebote schaffen und erhalten
- ▶ Strategien gegen Kinder- und Jugendarmut: Präventionsketten, Schulsozialarbeit, Freizeitangebote
- ▶ Koordinierungsstellen für Armutsbekämpfung in allen Kommunen einrichten
- ▶ Überflüssige Bürokratie abbauen, Zugänge zu Sozialleistungen erleichtern
- ▶ Solidarische Mahlzeiten sichern: Schulfrühstück, Mittagstische, Stadtteilküchen

7.2 Mehr Teilhabe ermöglichen: Jugendparlamente, Bürger*innenhaushalte

Eine lebendige Demokratie lebt von Mitbestimmung und echter Einflussnahme, nicht nur durch Wahlen. Gerade junge Menschen und diejenigen, die bisher kaum Gehör finden, müssen in politische Entscheidungen einbezogen werden. Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht dann, wenn Menschen vor Ort mitbestimmen können, wofür öffentliche Mittel eingesetzt werden und wie ihre Kommune gestaltet wird. Demokratie bedeutet für uns: gemeinsam entscheiden, transparent handeln und Macht und Mitbestimmung von unten nach oben organisieren.

Unsere Forderungen:

- ▶ Jugendparlamente und -räte mit Antrags- und Stimmrecht in kommunalen Gremien
- ▶ Fester Anteil kommunaler Haushalte als Bürger*innenhaushalt
- ▶ Verlässliche Förderung von Ehrenamt durch Räume wie Jugendhäuser, Aufwandsentschädigungen und Freistellungen
- ▶ Beteiligungsangebote barrierefrei, mehrsprachig und digital wie analog gestalten
- ▶ Stadtteilversammlungen und Bürgerräte verbindlich einführen
- ▶ Selbstorganisation von ausgegrenzten Gruppen fördern
- ▶ Angebote in einfacher/leichter Sprache bereitstellen

7.3 Gleichstellung und Vielfalt stärken: Feminismus, Queerpolitik, Anti-Sexismus

Die Bundesregierung sieht den Aktionsplan „Queer Leben“ als abgehakt, wir nicht. Wir setzen uns ein, um Räume und Ressourcen zu gewährleisten, damit sich Menschen jeden Geschlechts und jeder Sexualität frei entfalten und sicher leben können. Queeres Leben muss geschützt werden und Aktionen und Projekte dafür gefördert werden, denn wir sehen die Gefahr von antifeministischen, sexistischen und queerfeindlichen Haltungen. Wir haben die vielfältigen Lebensrealitäten der Menschen im Blick und unterstützen feministische Bewegungen, für ein besseres Miteinander und eine gerechte Zukunft.

Unsere Forderungen:

- ▶ Queere Beratungsstellen, Begegnungsräume und Kulturangebote fördern
- ▶ Antidiskriminierungsstellen in jeder Kommune einrichten
- ▶ Frauenhäuser, Beratungsstellen und Präventionsprojekte ausbauen
- ▶ Geschlechtergerechte Arbeitsplätze in Verwaltung und Betrieben sichern
- ▶ Städte und Kommunen geschlechtergerecht gestalten (z. B. Sicherheit, Toiletten, öffentlichen Nahverkehr, Beleuchtung öffentlicher Plätze und Wege)
- ▶ Aufklärungskampagnen und Fortbildungen zu Vielfalt, Queerpolitik und Antisexismus in Schulen

- und am Arbeitsplatz fördern
- ▶ Schaffung queerer Beiräte in allen Räten
- ▶ Mehr Gelder für Angebote in Kunst und Kultur, die für FLINTA* Personen ausgelegt sind

7.4 Migration und Integration fördern: Bleiberecht, Sprachförderung, Teilhabe

Viele Menschen, die seit Jahren hier leben oder vor Krieg und Not geflüchtet sind, bleiben von unsicheren Aufenthaltstiteln und strukturellem Rassismus betroffen. Ihre Zugänge zu Arbeit, Bildung, Sprache und politischer Mitbestimmung werden eingeschränkt. Als Folge bleiben Ausgrenzung und Armut. Wir setzen uns für gleiche soziale Rechte für alle ein. Ein Aufenthaltsrecht, das Sicherheit und echte Bleibeperspektiven schafft. Integration verstehen wir als gemeinsame Aufgabe, die gleiche Chancen für Teilhabe, Wohnen und gesellschaftliches Leben garantiert.

Unsere Forderungen:

- ▶ Humanes Aufenthaltsrecht mit echten Bleibeperspektiven
- ▶ Kommunale Gelder für Sprachförderung und bessere Chancen für gute Bildung und Jobvermittlung
- ▶ Kommunales Wahlrecht und Mitbestimmung für dauerhaft hier lebende Menschen
- ▶ Antirassistische Schulungen für Behörden, Aufbau von „Willkommens-Behörden“
- ▶ Ausbau kostenloser Integrations- und Teilhabeangebote
- ▶ Stärkung der Jugendhilfe für geflüchtete Kinder und Jugendliche

- ▶ Besondere Berücksichtigung der Bedarfe queerer Geflüchteter
- ▶ Einzelne Wohneinheiten für Geflüchtete schaffen, weg von Sammelunterkünften
- ▶ Zugang zu Sprachmittler*innen für wichtige Termine sichern solange nötig
- ▶ Ausbau mehrsprachiger Therapieangebote
- ▶ Abschaffung der Bezahlkarte und selbstbestimmter Zugang zu Bargeld

7.5 Inklusion leben: Menschen mit Behinderungen sichtbar machen

Menschen mit Behinderungen haben häufig nicht die Möglichkeit, selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Behinderungen können vielfältig sein, sie können sichtbar oder unsichtbar sein, deshalb unterscheiden sich die individuellen Bedarfe stark. Folglich braucht es die konsequente Umsetzung von Maßnahmen, die bauliche, kommunikative, rechtliche und soziale Barrieren abbauen. Barrierefreiheit muss in allen Lebensbereichen gewährleistet sein, im öffentlichen Raum, in Schulen, im öffentlichen Nahverkehr und in Gebäuden. Zentral ist es, die Perspektiven von Betroffenen konsequent einzubeziehen.

Unsere Forderungen:

- ▶ Barrierefreie Zugänge zu Bildung, Kultur, Politik, Nahverkehr und öffentlichem Raum
- ▶ Mehr bezahlbarer, barrierefreier Wohnraum
- ▶ Ausbau des Budgets für Arbeit und Alternativen zu Werkstätten
- ▶ Inklusionsbeiräte und politische Mitbestimmung

- stärken
- ▶ Kommunale Beratungs- und Teilhabezentren aufbauen
- ▶ Kontrolle der Unternehmen bei Beschäftigung von Schwerbehinderten

7.6 Kultur und Freizeit fördern: Hobbys, Vereine, Breitensport

Eine gerechte und inklusive Gesellschaft braucht Orte des Zusammenhalts, der Bildung und der Teilhabe. Eine lebendige Kulturszene, öffentliche Bewegungs-, und Sportangebote und das Vereinsleben sind die Grundlage für Zusammenhalt und soziales Bewusstsein. Der Zugang zu diesen Orten darf kein Privileg für Besserverdienende sein, denn sie fördern Gesundheit und Demokratieverständnis von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Kulturelle und sportliche Teilhabe sowie jede Form von aktiver Freizeitgestaltung - ganz egal ob Feuerwehr oder Kleingartenverein - sind keine politische Nebensache, sondern öffentliche Daseinsvorsorge! Ziel ist eine solidarische Kultur- und Freizeitpolitik, die allen offensteht.

Unsere Forderungen:

- ▶ Öffentliche Förderung von Kulturinitiativen und Vereinen; wie etwa die Rockinitiative oder der Jazzclub Nienburg
- ▶ Kostenlose oder stark vergünstigte Nutzung kommunaler Sport- und Kultureinrichtungen, wie Schwimmbädern
- ▶ Beitragsfreiheit und Förderung von Armutsbetroffenen

- ▶ Ausbau und Instandhaltung frei zugänglicher Angebote wie Sportplätze, Skate- oder Bewegungsparks
- ▶ Ausbau von Spiel- und Gemeinschaftsplätzen statt Abbau
- ▶ Unterstützung von Projekten für Integration, Inklusion, Antirassismus und Gewaltprävention, vor allem in Vereinen
- ▶ Verlässliche Finanzierung für Angebote der freiwilligen Feuerwehr, insbesondere für teamstärkende Maßnahmen und Freizeitaktivitäten

7.7 Digitalisierung demokratisch gestalten: Verwaltung, Beteiligung, Offline-Zugang

Digitale Teilhabe entscheidet über Zugang zu Verwaltung und Politik. Viele Menschen sind durch mangelndes Wissen über Digitalisierung ausgeschlossen. Ziel ist eine Digitalisierung in öffentlicher Hand, die demokratisch und barrierefrei gestaltet wird. Die digitale Infrastruktur muss endlich als öffentliche Infrastruktur, wie beispielsweise der Zugang zu Trinkwasser, begriffen werden.

Unsere Forderungen:

- ▶ Verwaltungsleistungen digital und gleichzeitig analog verfügbar machen
- ▶ Kostenlose Vermittlung von digitaler Kompetenz, besonders für Ältere
- ▶ Offene digitale Beteiligungsplattformen in öffentlicher Hand aufbauen
- ▶ Datenschutz, IT-Sicherheit und Nutzung freier

- Software sicherstellen
- ▶ Niemand darf gezwungen sein, für Behördenkontakte ein Smartphone oder PC zu besitzen

8. NIE WIEDER KRIEG & FASCHISMUS: ERINNERUNG, WIDERSTAND, FRIEDEN

Faschismus, Rassismus und Krieg sind keine Phänomene der Vergangenheit, sondern eine reale Bedrohung für unsere Gesellschaft. Rechte Gewalt, Antisemitismus und demokratiefeindliche Bewegungen nehmen zu. Gleichzeitig versuchen Militär und Rüstungsindustrie, in Schulen, Vereinen und Kommunen präsent zu sein. Ziel ist eine klare antifaschistische Haltung, eine aktive Erinnerungskultur und eine kommunale Friedenspolitik, die Betroffene schützt und demokratische Räume verteidigt.

8.1 Antifaschismus im Alltag stärken

Rechte Hetze und Gewalt gefährden das friedliche Zusammenleben, ganz besonders im ländlichen Bereich. Antifaschismus muss im Alltag präsent sein. Ziel ist es, Demokratie zu stärken und kommunale Räume frei von rechter Gewalt und deren Interventionsversuchen zu halten.

Unsere Forderungen:

- ▶ Aufklärung und Sensibilisierung in Schulen, Vereinen und Betrieben unter Berücksichtigung lokaler antifaschistischer Gruppen
- ▶ Konsequente Unterstützung für die Mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus

- ▶ Ausfallfonds für Beratungsstellen, die stark von Förder- und Projektmitteln abhängig sind
- ▶ Kommunale Förderprogramme für Initiativen gegen Rechts und eine sichere Finanzierung für antifaschistische Projekte, wie das Weserbeatz Open Air oder Get Loud Against Hate
- ▶ Einbindung lokaler Gruppen (Runde Tische, Gesicht zeigen, Omas gegen Rechts,...) in die Ausarbeitung möglicher Resolutionen oder Aktionsplänen gegen Faschismus
- ▶ Öffentliche Räume sollen kostenlos für antifaschistische Gruppen zur Verfügung gestellt werden, insbesondere dann, wenn es selbstorganisierte Gruppen von Jugendlichen sind

8.2 Betroffene von rechter Gewalt und Rassismus schützen

Menschen unterschiedlichster Herkunft, Religionen und Lebensrealitäten leben hier zusammen. Dieses Zusammenleben ist keine Selbstverständlichkeit – es muss politisch geschützt und aktiv gestaltet werden.

Der Tod von Lamin Touray im März 2024 infolge eines Polizeieinsatzes in Nienburg hat bundesweit Aufmerksamkeit ausgelöst und viele Menschen tief erschüttert. Touray befand sich nach vorliegenden Informationen in einer psychischen Ausnahmesituation, weshalb Hilfe gerufen wurde. Statt Deeskalation endete der Einsatz tödlich. Der Fall wirft bis heute grundlegende Fragen nach dem Umgang mit Menschen in Krisensituationen, nach strukturellem Rassismus und nach polizeilichen Einsatzkonzepten auf. Aufklärung, Transparenz und Konsequenzen sind hier zwingend notwendig.

Im Landkreis Nienburg sind in den vergangenen Jahren wiederholt rassistische und rechtsextreme Aufkleber, Schmierereien und Propagandamaterialien im öffentlichen Raum aufgetaucht. Solche Vorfälle werden von Bürger*innen sowie zivilgesellschaftlichen Initiativen regelmäßig dokumentiert und gemeldet.

Rechte Gewalt und Rassismus trifft Menschen konkret vor Ort. Oft fehlt es an Schutz und Solidarität. Ziel ist eine kommunale Politik, die Betroffene ernst nimmt und aktiv unterstützt. Für uns ist klar: Eine offene, demokratische Kommune braucht eine klare Haltung. Neutralität gegenüber Rassismus ist keine Option.

Unsere Forderungen:

- ▶ Aufbau kommunaler, kostenloser Beratungs- und Unterstützungsstellen für Betroffene von Rassismus und rechter Gewalt
- ▶ Notfallfonds für Betroffene einrichten
- ▶ Schutzräume, Beteiligung und politische Mitbestimmung für Menschen mit Migrationsgeschichte.
- ▶ Vernetzung mit Opferschutzverbänden stärken
- ▶ Öffentliches Eintreten von Bürgermeister*innen und Räten für Betroffene sicherstellen
- ▶ Unterstützung bereits bestehender Beratungsstrukturen, wie etwa die Betroffenenberatung in freier Trägerschaft
- ▶ Beschluss kommunaler Aktionspläne gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt
- ▶ Eine Stadtentwicklung, die Integration, soziale Sicherheit und Teilhabe stärkt statt ausgrenzt

8.3 Erinnerungskultur ausbauen

Geschichte darf sich nicht wiederholen. Erinnern heißt, Verantwortung zu übernehmen. Ziel ist eine lebendige Erinnerungskultur, die Vergangenheit bewahrt, die Gegenwart achtet und für die Zukunft mahnt.

Unsere Forderungen:

- ▶ Bestehende Gedenkorte sichern und neue Erinnerungsorte schaffen
- ▶ Zeitzeug*innenprojekte, Stolperstein-Initiativen und lokale Archive fördern
- ▶ Schulen und Vereine aktiv in die Gedenkarbeit einbinden
- ▶ Kommunale Gedenktage und Veranstaltungen etablieren
- ▶ Weitere Verstetigung von bereits bestehenden Gruppen und Initiativen, wie der Arbeitskreis Gedenken oder das junge Forum gegen Antiziganismus

8.4 Kommunale Friedenspolitik fördern

Der Landkreis Nienburg darf keine Bühne für Militarisierung und Rüstungsinteressen sein. Ziel ist eine Friedenspolitik, die zivile Konfliktlösungen unterstützt und Kriegsvorbereitung klar entgegentritt.

Unsere Forderungen:

- ▶ Keine Werbung der Bundeswehr an Schulen oder

- in öffentlichen Einrichtungen
- ▶ Ausschluss von Kooperationen mit Rüstungsunternehmen
 - ▶ Städtepartnerschaften mit Friedens- und Solidaritätsinitiativen fördern und erhalten
 - ▶ Friedensfeste und kommunale Projekte für Gewaltfreiheit unterstützen
 - ▶ Auflösung des Eloka-Bataillons sowie des Cimic-Zentrums im Bundeswehr-Standort Langendamm sowie Erstellung von Sozialplänen und Konversionskonzepten nach dem Vorbild der Mudra-Kaserne in Nienburg und der niederländischen Kaserne in Stolzenau
 - ▶ Einrichtung einer zivilgesellschaftlich getragenen, kommunal mitgeförderten Friedensagentur zur Durchführung örtlicher Friedensprojekte sowie zur Beratung junger Menschen, die sich für internationale zivile Konfliktbearbeitung engagieren wollen
 - ▶ Kostenfreie Angebote zur Verweigerungsberatung

Holen wir uns die Kommunen zurück!

Kontaktmöglichkeiten:

www.dielinke-ni.de
kontakt@dielinke-ni.de
instagram: @dielinke.nbg

Parteibüro:
Prinzenstraße 1a
31582 Nienburg

